

„Weißeritz-Zeitung“  
erscheint wöchentlich drei-  
mal: Dienstag, Donner-  
stag und Sonnabend. —  
Preis vierteljährlich 1 M.  
25 Pfg., zweimonatlich  
84 Pfg., einmonatlich 42  
Pfg. Einzelne Nummern  
10 Pfg. — Alle Postan-  
nahmen, Postboten, sowie  
die Agenten nehmen Be-  
stellungen an.

# Weißeritz-Zeitung.

Amtsblatt

für die königliche Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde, sowie für die königlichen Amtsgerichte und die Stadträte  
zu Dippoldiswalde und Frauenstein

Verantwortlicher Redacteur: Paul Jehne in Dippoldiswalde.

Inserte, welche bei der  
bedeutenden Auflage des  
Blattes eine sehr wirk-  
same Verbreitung finden,  
werden mit 10 Pfg. die  
Spaltenzeile oder deren  
Raum berechnet. — Ta-  
bellarische und complicate  
Inserte mit entsprechen-  
dem Aufschlag. — Ein-  
sandt, im redaktionellen  
Theile, die Spaltenzeile  
20 Pfg.

Nr. 134.

Dienstag, den 12. November 1889.

55. Jahrgang.

## Nachträge zu den Sozialistendeckungen im Reichstage.

Die erstmaligen Verhandlungen des Reichstages über die neue Sozialistenvorlage haben am Donnerstag, wie sich erwarten ließ, mit Verweisung derselben an eine besondere Kommission geendet, von wo sie voraussichtlich erst nach Wochen an das Plenum zurückgelangen wird. Ueberblickt man nochmals diese viertägigen Debatten, zu denen ja auch die Diskussion über den Rechenschaftsbericht, betreffend die Ausführung des Sozialistengesetzes, zu rechnen ist, so muß man gestehen, daß sie ungeachtet ihrer Ausdehnung kaum etwas wesentlich Neues zur Frage des Sozialistengesetzes zu Tage gefördert haben, daß in ihnen vielmehr die nämlichen Argumente für und wider dasselbe wiederkehrten, die man schon seit Jahren kennt. Aber offenbar war es den Rednern der verschiedenen Parteien auch weniger darum zu thun, neues Material zu dieser so oft schon erörterten Frage herbeizuschaffen, als vielmehr darum, die Stellung ihrer Partei zu dem Gesetze vor der Wählerschaft zu kennzeichnen und zu rechtfertigen und die herangekommenen Neuwahlen zum Reichstage machen eine derartige Taktik auch ganz erklärlich. Jedenfalls wird die Angelegenheit des Sozialistengesetzes, gleichviel, wie sich der Reichstag über die jetzige Vorlage entscheiden mag, eine hervorragende Rolle in der bevorstehenden Wahlagitatio spielen und da ist es wohl nur selbstverständlich, wenn die einzelnen Parteien ihre Stellungnahme zu der Frage im Parlamente nochmals gründlich darlegen. Was nun das vermutliche Schicksal des neuen Sozialistengesetzes anbelangt, welches bekanntlich nach den Regierungsvorschlägen sich als ein dauerndes Spezialgesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie charakterisiert, so hat die Generaldebatte hierüber noch keinen genügenden Aufschluß gegeben. Nur das Eine ließ sich bestimmt erkennen, daß die Regierungsvorschläge auch bei den regierungsfreundlichen Parteien keineswegs auf vollständige Billigung stießen und die Nationalliberalen forderten sogar durch den Abgeordneten Dr. von Cuny eine nicht unwesentliche Abänderung der Regierungsvorlage, nämlich gänzlichen Verzicht auf die Ausweisungen, aufschiebende Wirkung gewisser Beschwerden und Erzeugung der Beschwerdeformen durch einen höheren Gerichtshof. Daß die Redner der Sozialdemokraten und der Freisinnigen, sowie der kleineren oppositionellen Fraktionen, sich gegen jedes Ausnahmegesetz aussprachen, konnte nicht weiter überraschen, aber auch das Centrum nahm durch seine Sprecher eine durchaus ablehnende Stellung gegen die neue Vorlage ein, was aber nach früheren Erfahrungen freilich keineswegs besagt, daß das Centrum nun auch bei den entscheidenden Abstimmungen sich geschlossen gegen das Gesetz erklären werde. Für die Haltung der Regierung in der ganzen Frage waren die Erklärungen des preussischen Ministers des Inneren, Herrn Herrfurth, kennzeichnend, aus welchen hervorgeht, daß die Regierung zwar keineswegs auf allen ihren Vorschlägen bestehen will, daß sie aber mindestens auf die Maßregel der Ausweisung und auf den dauernden Charakter des neuen Gesetzes nicht verzichten zu können glaubt. Die eigentliche Entscheidung über letzteres wird also in der Kommission fallen und es wird sich, will man hier etwas Positives erzielen, darum handeln, eine Verständigung zwischen den drei Kartellparteien und demjenigen Theile des Centrums herbeizuführen, der nicht von vornherein gegen jede Erneuerung des Sozialistengesetzes ist. Daß hierbei große Schwierigkeiten zu überwinden sind, vor Allem, was den springenden Punkt der ganzen Frage, die unbeschränkte Dauer des vorgeschlagenen Gesetzes anbelangt, läßt sich allerdings nicht leugnen, dennoch herrscht in Reichstagskreisen die Meinung vor, es werde sich schließlich doch eine Grundlage zu der anzustrebenden Verständigung finden. Im Uebrigen unterschied

sich die diesmalige Generaldebatte über das Sozialistengesetz von denen früherer Jahre wesentlich dadurch, daß in ihr im Allgemeinen ein weit ruhigerer Ton als sonst angeschlagen wurde und man sich fast allseitig bemühte, leidenschaftliche Gefühlsergüsse einer mehr sachlichen Beurtheilung unterzuordnen; es kann diese Haltung jedenfalls auch für die weiteren parlamentarischen Erörterungen des Gegenstandes nur empfohlen werden.

## Lokales und Sächsisches.

**Dippoldiswalde.** Die von uns nur kurz in unserer letzten Nummer erwähnte Versammlung in Sachen der Telephonangelegenheit war von Interessenten sehr zahlreich besucht. In derselben gab Herr Telegrapheninspektor Pfeiffer aus Dresden auf das Bereitwilligste Auskunft über alle einschlagenden Fragen, theilte auch mit, daß die kaiserliche Oberpostdirektion Dresden großes Interesse an dem Zustandekommen der gewünschten Anlage habe und daß sich dieselbe warm dafür verwenden werde, konnte aber nicht unerwähnt lassen, daß die entscheidende Bestimmung darüber dem Reichspostamt in Berlin zustehe. Wolle man, daß die Anlage bereits im nächsten Frühjahr gebaut werde, so sei dringend Beschleunigung des Gesuches nöthig, und deshalb wird auch in den nächsten Tagen ein begünstigtes Gesuch an die Oberpostdirektion in Dresden abgeendet werden.

Wir machen unsere Leser darauf aufmerksam, daß im amtlichen Theile des heutigen Blattes eine die Agenturen der königlich sächsischen Altersrentenbank zu Dresden (Landhaus, König Johannstraße) betreffende Bekanntmachung enthalten ist. Wir wünschen, daß diese Bekanntmachung dazu beiträgt, die Theilnahme der sächsischen Bevölkerung an unserem segensreich wirkenden Staatsinstitute immer mehr zu erhöhen.

Freunde des gestirnten Himmels seien auf die in den Nächten vom 12. bis 14. November überaus zahlreich erscheinenden Sternschnuppen aufmerksam gemacht, welche den Namen der Leoniden führen. Auch die Nacht zum 28. November zeichnet sich durch eine Menge von Sternschnuppen aus.

Seiten der Gemeindebehörden sind in den letzten Tagen aus Anlaß der nächstjährigen Einkommensteuer-Einschätzung an diejenigen Steuerpflichtigen, deren Einkommen nicht zweifellos unter dem Betrage von 1600 Mark bleibt, Aufforderungen zur Deklaration des steuerpflichtigen Einkommens hinausgegeben worden. Ein Jeder, welcher eine derartige Aufforderung erhält, ist verpflichtet, binnen 10 Tagen vom Empfange derselben an gerechnet, bei der Gemeindebehörde, von welcher die Aufforderung ausgeht, eine gewissenhaft ausgefüllte Deklaration seines nach den bestehenden Gesetzen steuerpflichtigen Einkommens einzureichen. Derjenige Steuerpflichtige, welcher die Einreichung der Deklaration nicht rechtzeitig oder aber gar nicht bewirkt, verliert für das betreffende Steuerjahr das Reklamationsrecht. Es ist daher zur Wahrung dieses Rechtes nöthig, daß die Deklaration innerhalb dieser Frist bei der Gemeindebehörde eingereicht wird. Diese Einreichung kann übrigens in verschlossenem Briefumschlag bewirkt werden, es muß aber auf der Außenseite Name und Wohnung des Deklaranten angegeben, auch die Schrift als Einkommensteuerdeklaration bezeichnet sein und es hat in diesem Falle die Eröffnung nur durch die zuständige Einschätzungskommission, bez. königliche Bezirkssteuereinnahme, zu erfolgen. Bezüglich der gesetzlichen Vorschriften, nach welchen das steuerpflichtige Einkommen zu ermitteln und zu berechnen ist, verweisen wir zwar ausdrücklich auf die den Deklarationsformularen beigegebenen gedruckten Probeeinträge und Erklärungen, deren genaue Durchsicht den Deklaranten in ihrem eigenen Interesse nicht warm genug empfohlen werden kann; doch heben wir für die Berechnung solcher Einkommen, deren Einschätzung nach dem Durch-

schnitte der letzten drei Geschäfts- oder Wirtschaftsjahre, bez. nach den Ergebnissen des letzten Kalenderjahres zu erfolgen hat, noch besonders hervor, daß sowohl bei Aufstellung der Deklarationen, als auch später bei Prüfung derselben durch die Einschätzungskommissionen nur diejenigen Jahre zum Anhalten genommen werden können, für welche zur Zeit der Aufstellung der Deklarationen wirklich Abchlüsse vorliegen. Schließlich wollen wir nicht unterlassen, den Deklaranten die größte Gewissenhaftigkeit bei Angabe ihres Einkommens anzurathen, denn außerdem, daß derjenige, welcher zu niedrig deklariert, sich offenbar eines Betruges nicht nur zum Nachtheile der Staatskasse, sondern auch seiner Staatsmitbürger schuldig macht, steht auch der Gewinn, welcher durch zu niedrige, demnach unrichtige Deklaration erzielt werden könnte, in durchaus keinem Verhältnisse zu der hohen Strafe (das Vier- bis Zehnfache des Betrages, dessen Hinterziehung unternommen wurde) welcher sich der Betreffende aussetzt. Uebrigens wird denjenigen Steuerpflichtigen, welche sich besonders eingehende Kenntniß des Einkommensteuer-Gesetzes und der dazu gehörigen Ausführungsbestimmungen auf billigen Wege verschaffen wollen, der in Druck und Verlag von C. C. Reinhold & Söhne in Dresden erschienene „Rathgeber in Einkommensteuerfachen“ (Preis nur 1 M.) empfohlen, der in der That für Jedermann eine Anleitung zur richtigen Deklaration, sowie zur wirksamen Reklamation gewährt.

Nächste Mittwoch, an welchem Tage der diesmonatliche Theaterertrag von Hainsberg nach Ripsdorf abgelassen wird, wird im Altstädter Hoftheater die Oper „Zauberflöte“, im Neustädter aber das Schauspiel „Marguerite“ gegeben werden.

**Kreischa, 8. November.** Unser Landwirthschaftlicher Verein hielt gestern Abend nach längerer Pause wieder einmal eine Sitzung ab und zwar im Etablissement Blasche. Nachdem der Vorsitzende, Herr Dr. Plagmann auf Saiba, die leider nur in geringer Anzahl erschienenen Mitglieder und die durch dieselben eingeführten Gäste bewillkommnet und wiederholt sein lebhaftes Bedauern über die Ignoranz so vieler Mitglieder an dem für dieselben so interessanten zum Vortrag kommenden Thema ausgesprochen hatte, erhielt Herr Ernst Michaelis, Direktor der Vaterländischen Viehversicherung zu Dresden, das Wort zu seinem Vortrage über „die Vorthelle seiner Versicherung für die Landwirthe.“ Trozdem sich der Herr Referent redlich bemühte, die Anwesenden zu überzeugen und auch versprach, den Verein — circa 120 Mitglieder — als eine Person zu 2 1/2 Prozent aufzunehmen, kam es leider doch zu keinem definitiven Beschlusse. Es wurde nur eine Kommission gewählt, die das Weitere mit Herrn Direktor Michaelis verhandeln wird.

**Kreischa.** Nächsten Sonntag wird in unserer Pfarodie das Kirchweihfest gefeiert, das letzte in hiesiger Gegend. Zur Erhöhung der Kirchestimmen hat Herr Gasthofsbesitzer Blasche Herrn Stabsstrompeter Herrmann für ein Concert am zweiten Kirchestage gewonnen.

**Glashütte.** Bei der Kirchenvorstandswahl am 10. November wurden für Glashütte 33 Stimmen abgegeben, gewählt wurden Herr Kaufm. Jul. Richter mit 26 Stimmen, Herr Bildhauer Wahl mit 15 und Herr Uhrmacher G. Gollmann mit 14 Stimmen. Luchau wählte mit 6 von 7 abgegebenen Stimmen Herrn Gutsbesitzer Dähler.

**Dittersdorf.** An einer beim hiesigen Gutsbesitzer Herrn Johann Christlieb Donath umgestandenen Kuh ist durch den kgl. Bezirksthyerarzt Herrn Lehner aus Dippoldiswalde das Vorhandensein von Milzbrand konstatiert worden. Der Kadaver ist daher mit Petroleum übergossen vorschriftsmäßig vergraben und sind gegen Weiterverbreitung der Seuche alle sonstigen Vorsichtsmaßregeln getroffen worden. Die übrigen